

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden =
Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Herausgeber: Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden

Band: 43 (2017)

Artikel: Fiktion und Algorithmen : politische Bildung im Wandel

Autor: Stämpfli, Regul

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893690>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fiktion und Algorithmen: Politische Bildung im Wandel

Regula Stämpfli*

Auftakt

Politische Bildung und Demokratie waren lange Zeit in ihrer Zielsetzung deckungsgleich: Jeder Bürgerin und jedem Bürger sollte ermöglicht werden, an der in der Öffentlichkeit geführten Auseinandersetzung teilzunehmen.

Das Netz transformiert nun alles. Einerseits begünstigt es Partizipation und Demokratisierung: User verändern das politische Setting kommunikativ via Technik und treiben damit die digitale Revolution voran. Gleichzeitig macht sich mit O/1 ein Reduktionismus bemerkbar, bei dem das politische Geschehen nur noch Clouds, Ratings und Influencer-Klicks gehorcht. Wer Demokratie ausschliesslich auf Daten reduziert, schafft sie ab.

Die Umfrage-Demokratie war dabei effizienter Vorläufer dieser Entwicklung – sie hat den Verlust des Politischen eingeleitet. Das Wissen um politische Zusammenhänge wurde irrelevant – Hauptsache, die betreffende Partei, Institution oder Regierung hatte gute Umfragewerte. Umfragen machten politische Themen wie Umweltschutz, Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu einer Ware wie jede andere auch. Umfragen entschieden über den Verkaufswert des Politischen – sie wurden sozusagen zum «Fast Food» der Demokratie, das nur oberflächlich nährt, langfristig jedoch Mangelerscheinungen mit sich bringt. Leider ging die Einsicht in dieses zentrale Charakteristikum postmoderner Demokratien auch an den politischen Bildungsverantwortlichen vorbei. Die Historizität des Kontrollwahns durch Zahlen blieb unerkannt und richtete in den letzten zwanzig Jahren wahre Verwüstungen in den europäischen Demokratien an. Die besserwisserische Irrelevanz apolitischer und damit demokratiefernener Datenerhebung bringt Hannah Arendt auf den Punkt: «Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind. Wären wir töricht genug, auf die von allen Seiten neuerdings erteilten Ratschläge zu hören und uns dem gegenwärtigen Stand der Wissenschaften anzupassen, so bliebe uns nichts anderes übrig, als auf das Sprechen überhaupt zu verzichten. Denn die Wissenschaften reden heute in einer mathematischen Symbolsprache, die ursprünglich nur als Abkürzung für Gesprochenes gemeint war, sich aber hiervon längst emanzipiert hat und aus Formeln besteht, die sich auf keine Weise zurück in Gesprochenes verwandeln lassen. Die Wis-

senschaftler leben also bereits in einer sprachlosen Welt, aus der sie qua Wissenschaftler nicht mehr herausfinden. Und dieser Tatbestand muss, was politische Urteilsfähigkeit betrifft, ein gewisses Misstrauen erregen.»¹

Nun wird die Umfrage-Demokratie von der Netz-Demokratie abgelöst. Auch diese schöpft ihre Kraft aus Daten, verfügt aber über unterschiedliche Formen und Deutungen, diese in den politischen Diskurs einzubringen. Die Netz-Demokratie hat für die politische Bildung enormes Potential, sie leidet aber unter einem Grundwiderspruch: Das Internet eignet sich zwar für politische Debatten, aber noch nicht für die institutionelle Verankerung demokratischer Partizipation. Demokratie braucht, wenn sie nicht alternativlos werden will, grossen Spiel- und Deutungsraum. Dieser wurde in den letzten Jahren durch die Daten-Diktatur der *Global Players* wie Google *et al.* nach einer ersten Aufbruchphase wieder eingekerkert. Die Demokratie als Tasten- und Zahlenverhältnis in den Händen von Monopolunternehmen muss daher der Kernpunkt politischer Bildung und Aufklärung werden.

Was das Netz für die politische Bildung bedeutet, haben Tina Piazzini und Stefan Seydel schon angedeutet: «Es hat sich gezeigt, dass sich die Zeichen der Schrift noch viel konsequenter analysieren, reduzieren und

¹ Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München, 2002, S. 11

* Gmeindstrasse 5, 9444 Diepoldsau, Deutschland

E-mail: regula.staempfli@yahoo.de

www.regulastaempfli.eu und www.regulastaempfli.ch



Regula Stämpfli, Dr. phil., Dipl. Coach, ist seit der Geburt ihres ersten Kindes 1994 als Politologin/Autorin/Beraterin national und international selbstständig tätig. Die promovierte Historikerin und politische Philosophin war bis 2012 Dozentin für Politik an der Schweizer Journalistenschule und bis 2014 Leiterin des Internationalen Forums für Gestaltung IFG in Ulm. Seit 2008 unabhängige Forschungsexpertin für die Europäische Kommission; bis 2013 Hochschulrätin der Fachhochschulen Köln, bis 2012 Mitglied des Ethikrates für öffentliche Statistik und seit 2014 diplomierte systemische Coach. Betreuung mehrerer nationaler und internationaler Forschungsprojekte zu politischer Kultur (1991), Medienforschung (2011), Populismus in der EU (2007) und Konstruktion von Gender in Militär-, Sozial-, Wirtschafts- und Mediengeschichte (2002). Sie ist Autorin zahlreicher Bücher u.a. zur politischen Philosophie von Hannah Arendt.

maschinisieren lassen. Auf ganze zwei Ziffern. Null und Eins. Genauer: Auf ganze zwei Zahlen. 0/1. Besser: Auf ganze zwei «Zustände». Nicht/Strom».² Algorithmen kreieren in den Händen, Köpfen und Ideen von Menschen neue Formen von Politik und politischer Bildung – so geschehen im arabischen Frühling 2011, der jedoch mit restaurativer institutioneller Gewalt niedergeschlagen wurde. Seitdem bewegt sich die digitale Revolution überall auf der Welt weniger in Richtung Freiheit, als vielmehr in Richtung autoritativer Systeme, insofern politische Diskurse identitär und privatisiert auf Formen statt auf Inhalte rekurren. So schliessen sich Marktideologie und Big Data in vielen Bereichen zusammen. Feminismus beispielsweise dreht sich oft nicht mehr um klassische politische Ziele wie die Beseitigung von Ungerechtigkeiten, als vielmehr um die Etablierung einer Marke. Fred Turner beschreibt diesen Weg als Prozess von einer «*counterculture*» hin zu einer «*cyberculture*», von einer utopischen Demokratie hin zu einer Überwachungs-Ökonomie.³ Gegenwärtig scheint es so, als vermöchte die Verandelung von Technologie und Politik, von Silicon Valley und Geheimdiensten, alle Illusionen netzdemokratischen Aufbruchs zu vernichten.

Doch lassen wir uns nicht täuschen: Die Prozesse, die uns gestalten und deren Teil wir sind, haben nicht nur mit der digitalen Revolution zu tun, sondern auch mit der Art und Weise, wie in den letzten Jahren der öffentliche und politische und somit der demokratische Gestaltungsraum verschwand. Unter diesen Vorzeichen gilt es, die Inhalte der politischen Bildung zu diskutieren.

Das Ende der Demokratie: Corporate Design und Bildung im Kreditkartenformat

Es war eine von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtete Revolution, die 2007 stattfand. Die politischen Institutionen wie Bund, Kantone und Gemeinden drehten der «Willensnation» Schweiz den Rücken und verpassten sich ein Corporate Design. «Logo» statt Politik scheint seitdem den demokratischen Entscheidungsprozess zu prägen.⁴ Die gesamte Bundesverwaltung tritt einheitlich mit Schweizer Wappen und der Bezeichnung «Schweizerische Eidgenossenschaft» in Erscheinung. Die Neue Zürcher Zeitung, die zehn Jahre später über die Verrohung des politischen Diskurses klagt, lobte damals die Vereinheitlichung in höchsten Tönen, weil damit endlich dem «bisherigen Wildwuchs an Logos und eigenständigen graphischen Auftritten der verschiedenen Ämter und Departemente beendet

war». Auch bildungspolitischen Verantwortlichen fiel in der Lobeshymne zum Corporate Design der «Nation Schweiz» nicht auf, dass es «unschweizerisch ist, schweizerisch zu sein» (Edgar Bonjour). Dabei war ein geschärftes Gespür für das Kommende schon damals möglich: «Die Verschiebung von Repräsentativität zur Identität, von relevant zu irrelevant, von Allgemein- zu Einzelinteressen, von Thema zur Person, von Politik zur Biologie, von Argument zu Schlagworten, von Diskussion zu Propaganda, von Kompetenz zu Prominenz, von Wahrhaftigkeit zu Image, von weise zu sexy, von Komplexität zur Plakatierung, von Langfristigkeit zur Kurzfristigkeit, von grossen Linien zur Nanowahrnehmung, von liberaler Argumentationsdemokratie zur Demoskopie-Demokratie bringt ein Rauschen, das letztlich jede Zahl, damit die Norm, die Vereinheitlichung über das Leben stellt.»⁵ Diese Warnung vor dem Politischen als Marktinstrument und Corporate Design fand 2007 noch kein Gehör. Dass das «Nation branding» der Eidgenossenschaft Teil hat an der Zersetzung der Demokratie, war nur Diskussion unter den Gestaltern, die seit den 1930er Jahren um die Verantwortung sogenannt ästhetischer Kommunikation wissen.

Was hat dies alles mit dem Stand der politischen Bildung 2017 zu tun? Politische Bildung hängt eng mit Politik, der Form der Politik und deren Erkennungswert zusammen. Das ist nicht banal. Mit dem Corporate Design öffentlicher Institutionen werden einheitliche Linien vorgezeichnet, mit dem Ziel, dem einheitlichen Design die einheitliche politische Kontrolle folgen zu lassen. Demgegenüber müssen Demokratie und die darin gepflegte politische Bildung Raum bieten für Öffentlichkeit und plurale Diskurse, sie dürfen nicht uniform erscheinen, sondern nur plural. Demokratie braucht mehrere Begriffe, Bilder, Ansprechpartner nebeneinander. Dies war über Jahrzehnte Selbstverständnis der politischen Bildung in der Schweiz. Die Gleichzeitigkeit der ästhetischen Gleichschaltung politischer Institutionen mit der «Harmonisierung» – d.h. die weitgehende Einebnung aller Unterschiede – auch in der Bildung war nicht zufällig. «Bologna-Reform», «Harmos» und Lehrplan 21 reihen sich ein in die Bestrebungen, visuelle und inhaltliche Vergleichbarkeit mittels Corporate Design auf allen Ebenen durchzusetzen. Nicht zufällig ist es deshalb, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften, die sich seit Jahrzehnten kritisch mit Gleichschaltung, ästhetischen Diktaten und der Privatisierung öffentlicher Güter, Institutionen und Dienstleistungen befassen, der «Effizienz», dem «Businessplan» und der «Optimierung» weichen mussten – oder diese verinnerlicht haben.

² Tina Piazza / Stefan Seydel: *Die Form der Unruhe*. 2011, S. 33.

³ Süddeutsche Zeitung, 9.3.2017

⁴ BAZ, 5.2.2007. Zur Diskussion Demokratie und Corporate Design siehe auch Lehrgang „Brave New Democracy“ 2010-2012

⁵ Regula Stämpfli, *Die Macht des richtigen Friseurs*, Brüssel 2007, S. 9

Politische Bildung besteht heute aus einem Gemisch von Zeichen und Codes, von Posts und Tweets, von Skandalisierung und Personalisierung, von Freund-Feind-Schemata – aus Kollektivprodukten, die via Corporate Design, Datenanalyse und Umfragewerten das Denken standardisieren. Politische Bildung ist weitgehend medial vermittelt und gehorcht medialen Logiken. Diese sind sowohl emotional als auch kognitiv und verknüpfen sich in einem Wiedererkennen von politischen Botschaften. So schleichen sich banale Slogans in komplexe Lehrpläne. Symptomatisch hierfür ist die Kennzeichnung aller öffentlichen Mitgliedschaften in einem Kreditkartenformat: Identitätskarte, Museumsmitgliedschaft und Schülerausweis unterscheiden sich formal in nichts von einer Cumuluskarte. Politische Bildung wird durch den Zwang, sich in Kreditpunkte einordnen zu lassen, die auf einer Bildungs-Kreditkarte gesammelt werden, ihres Kerns beraubt. Die flächendeckenden Checks mit inhaltsneutralem «*teaching to test*»⁶ entsprechen keiner Bildung, sondern einem stupiden Auswendiglernen. Wer die Namen der amtierenden Bundesräte kennt, weiss nichts über deren Politik. Doch dieses, den gängigen Quizformaten der Medien angepasste Abfragen, wird schweizweit zum Standard erhoben. Die politischen Wissenschaften versammeln sich in politischen Labors, in welchen Demokratie nach völlig unpolitischen Kategorien gewogen und vermessen wird. Wahlen und Abstimmungen folgen dem Skript von Umfragen und Datenanalysen statt den politischen Programmen.

Der Kulturanthropologe David Graeber redet in diesem Kontext von der «Utopie der Regeln» in Bildungsinstitutionen, die nicht dem aufklärerischen Impetus von Gleichheit, Freiheit und Solidarität, sondern den Mechanismen einer funktionellen Bildungsbürokratie gehorchen.⁷ Die Form, also die mediale Präsentation, ist dabei verräterisch uniform. Dass Schulen und Universitäten beispielsweise zu «Betriebseinheiten» mutieren, ist mehr als nur eine semantische Transformation, insofern sich damit «unnützes» Wissen reduzieren lässt. Wenn Schülerinnen und Studenten als «Klientinnen» operieren, dann sind sie keine Bürgerinnen und Bürger der Zukunft, sondern multifunktionell einsetzbare «*human resources*», die den Bedürfnissen von Wirtschaft und Macht gehorchen. Folgerichtig werden von Schulleitern zunehmend Managementqualitäten erwartet. Entscheidend sind nicht die Inhalte, sondern das ausgeglichene Budget. Zudem stehen (Hoch-)Schulen global miteinander im Wettbewerb. Wozu braucht es in einem solchen System überhaupt noch

politische Bildung? Unternehmen kennen keine Nationalität. Formulare, Berichte, Anwaltsvorschriften, Behörden, wechselnde Studienlehrpläne und intransparente Ratings treten an die Stelle der relativ banalen Feststellung der Verfassungsväter von 1848, dass der Einführung des allgemeinen Männerstimmrechts die obligatorische Schulpflicht an die Seite zu stellen sei. Lehrmittel, Lehrpläne, Testmatrices, Standards, Excel-Tabellen, pädagogische Ausbildung etc. dienen heutzutage vor allem dem Standort-Marketing.⁸ Ausdrucksstark in diesem Zusammenhang sind die ECTS – jene Abkürzung für Leistungspunkte im Rahmen des «*European Credit Transfer System*»: Bildung ist eingebunden in ein internationales Kreditsystem; die ECTS-Punkte sind Leistungsmesser für die Ausbildungs-Spartenabteilungen innerhalb des globalen Finanzkapitalismus.

Kein Wunder ist die politische Bildung nicht mehr kreditwürdig, wenn man heute von verantwortlicher Seite hört, dass es die Geisteswissenschaften braucht, um die Gesellschaft auf die technischen Errungenschaften, zum Beispiel der Life Sciences, vorzubereiten.⁹ Solche Sätze klingen wie das propagandistische Stahlbad für künftige undemokratische Kontrollwelten. Dazu wiederum Hannah Arendt: «Vergleicht man die moderne Welt mit den Welten, die wir aus der Vergangenheit kennen, so drängt sich vor allem der enorme Erfahrungsschwund auf, der dieser Entwicklung inhärent ist. Nicht nur, dass die anschauliche Kontemplation keine Stelle mehr hat in der Weite spezifisch menschlicher und sinnvoller Erfahrungen, auch das Denken (...) ist zu einer Gehirnfunktion degradiert (...). Die Gesetze der Statistik sind überall da gültig, wo sehr grosse Zahlen oder sehr lange Zeitabschnitte ins Spiel kommen: vom statistischen Standpunkt aus gesehen sind Taten oder Ereignisse in ihrer Vereinzelung bloss Abweichungen oder Schwankungen. (...) Wendet man also die Gesetze, deren Gültigkeit sich überhaupt nur an grossen Zahlen und langen Zeitabschnitten erweisen kann, unbesehen auf die Gegenstände der Politik und der Geschichte an, so hat man diese Gegenstände bereits unter der Hand eliminiert (...)»¹⁰

Die Logik globaler Bildungs-Unternehmen mit Standortmarketing und Wachstumsmarkt bei Studierenden und Studienlehrgängen ist in ein System gebettet, das politische Bildung als Störfaktor empfindet. Das auf marktkonformes Denken und Handeln eingeschworene verinnerlichte Weltbild wurde von Paula

⁶ Einspruch! Kritik zu Bologna, Harnos und Lehrplan 21, Basel 2016.

⁷ David Graeber, Bürokratie. Die Utopie der Regeln, Stuttgart 2015.

⁸ Karl-Heinz Dammer et al. (HG), Zur Aktualität der Kritischen Theorie für die Pädagogik, München 2016.

⁹ BAZ, 22.12.2015

¹⁰ Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, Taschenbuchausgabe Piper, München 2002, S. 410.

Chakravartty und Dan Schiller in einer aufsehen-erregenden Studie namens «*Bankspeak*» belegt.¹¹ Für die politische Bildung bedeutet dies die Aneignung ökonomischer Logiken in einem Bereich, der seit den alten Griechen von Ökonomie, d.h. dem Privaten, dem Notwendigen, dem Haus, unangetastet bleiben sollte.

Politische Bildung im Zeitalter der binären Codes

In postdemokratischen Demoskopie-Ländern hat sich die klassische staatsbürgerliche Bildung von der republikanischen Grundlage zur ideologisch aufgeladenen Expertokratie gewandelt. Ratingagenturen und Umfrageinstitute übernehmen den politischen Diskurs. Nicht mehr die klassischen politischen Leistungen (zum Beispiel Währungsstabilität, Frieden, Sicherheit, gute Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz) sind entscheidend, sondern nur noch die Symbole, das Image und die auf Wiederwahl oder Neuwahl gerichtete Erzählung dominieren den politischen Diskurs. So ersetzen Demoskopien und Moderatoren die politischen Akteure und treten an ihre Stelle. Damit wird die vom Stimmvolk gewählte Politikerin enteignet: Nicht wie sie handelt, ist für ihre Neu-, Wieder- oder Abwahl entscheidend, sondern die Projektion eines Bildes, einer Fiktion von ihr. Eine Fiktion, die sich auch in den digitalen Medien niederschlägt.

Das brandgefährliche Gemisch von Mainstream-Politik, die seit Jahren auf «*Politainment*» fixiert ist, bringt politische Karrieren hervor, die eigentlich schon längst hätten beerdigt sein sollen. Dabei erfasst die umfassende crossmediale Kommunikation auch die öffentlich-rechtlichen Kanäle. Die begleitenden Medienangebote, die online nahegelegt werden wie Hintergrundinformationen zu Polit-Talks, Interviews mit Experten, Gespräche mit Dok-Machern, Bücher etc., werden in die Social Media eingespeist und verbreiten die politischen Fiktionen auf allen Kanälen. Form und Funktion haben sich gewandelt: Nicht der Inhalt entscheidet über die Form, sondern die Formen selber – Twitter, Facebook, Google, Wikipedia et al. – machen die Inhalte. Der Hybridisierung von Sujets, Hyperlinks und Genres, von Inhalten und Formen sind keine Grenzen gesetzt. Wahlen und Abstimmungen werden mehr und mehr durch gut geschnürte Datenpakete gewonnen, nicht durch Mehrheiten.

Vor diesem Hintergrund müsste die politische Bildung der Zukunft unbedingt die Freiheit zu Google und die Freiheit von Google thematisieren. Dazu

braucht es technisches Wissen, aber noch mehr kritisches Denken, das sich nicht entlang von Datenströmen, sondern anhand von Argumenten entwickelt. Gleichzeitig drängt sich eine Datentransfersteuer (pro-Klick-Steuerereinnahmen) auf.¹² Denn es geht nicht an, dass sich die liberale Logik des «keine Steuern ohne politische Repräsentation» in globale Daten-Diktaturen in den Händen einiger Unternehmensmogule oder Staatskapitalisten verwandelt. Politische Bildung muss aufzeigen, dass Menschen heute – viel stärker als dies Karl Marx je hätte voraussagen können – in gewinnbringende Einheiten zusammengestutzt werden. Politische Bildung heute hiesse, über die Rechte und die Pflichten der Datenherrscher und der Datenbürger zu informieren, anstatt weiterhin Fiktionen klassischer Staatsrechtslehre aufrecht zu erhalten.

Ausblick

Die demokratischen Systeme befinden sich spätestens seit dem Medienwandel unter Druck – damit auch die politische Bildung. Unter dem Druck dieses technischen Wandels verändern sich die Demokratie und damit das Wissen und die Vermittlung über sie. Interessanterweise sind die meisten Menschen heutzutage besser über aktuelle und globale Ereignisse informiert als Generationen vor ihr, doch bestehen diese Informationen aus fragmentierten Fakten und stellen noch kein Wissen dar, das kollektive Aktionen als demokratische Willensdemonstrationen ermöglichen würde. Viel zu oft vertrauen politische Akteure technischen und medialen Fiktionen.

Was bedeutet dies für die politische Bildung?

Setzen wir «Bürgerin» einmal dem Begriff des Users gleich. *User* verstehen etwas von Programmen und sie tun mit der Politik genau das, was sie sich gewohnt sind: Sie verändern das Setting, wenden Variationen an, loggen in, ein und durch, erfinden neue *Players* oder gar *Games*. *User* wählen nicht mehr unbedingt den Stimmzettel, sondern die Klicks. *User* können Ungerechtigkeiten ebenso aufdecken wie *Shitstorms* anzetteln. Die Frage bezüglich politischer Bildung ist: Können sie dies auch ohne *Strom*, das heisst ohne die klassischen Macht- und Beteiligungsverhältnisse inklusive traditionellem Wissen darüber? Welche realen und virtuellen Schritte muss die *Userin* auf dem Weg zur *Bürgerin* noch leisten? Die meisten *User* können sich schon jetzt, wenn sie dies wollen, aus irgendeinem Winkel der Welt politisieren. Menschenrechte, Kompetenz und Freiheit sind jedoch nicht an *Hashtags*, sondern an die reale Welt gebunden. Welche *Bastille* sollen *Facebookler*, *Googlerinnen* und *Twitter-Fans* denn eigentlich stürmen? Wie

¹¹ Paula Chakravartty, Dan Schiller, *Neoliberal Newspeak and Digital Capitalism in Crisis*, *International Journal of Communication* 4 (2010) 670-692.

¹² Regula Stämpfli, *Do we need new taxes?* TEDx-Conference Bern 2017.

transformiert man Algorithmen? Wie klärt man über sie auf? Trotz dieser Einschränkung werden die Chancen der neuen Medien für die politische Bildung unterschätzt. Neue Konzeptionen, demokratische Partizipationsmodelle und politische Transformation finden heutzutage auch im Netz statt.

Politische Bildung müsste also heissen: Lernt alle programmieren. Was indessen die reale Welt des Politischen betrifft, so müssen die klassischen Institutionen eines Rechtsstaates gestützt werden, der

die Internalisierung aller externen Kosten als Auftrag der Freiheit vom Staat für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger wahrnimmt. Noch bestehen Verfassungen, die auch eingeklagt werden sollten. Und deshalb lautet der politische Bildungsauftrag im Jahre 2017: die Eroberung der Welt nicht als Zahl, sondern als Denken. Das Dogma, das behauptet, Leben sei im wesentlichen Datenverarbeitung, muss gestürzt werden. Denn die Welt ist keine algorithmische Scheibe – ein Zustand von 0 und 1, sondern sie dreht sich. ■